

Vorlage-Nr.: **0674-2017/DaDi**

Aktenzeichen: 450-004

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Deistler, Martin

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
	1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Keine Abschiebungen nach Afghanistan - Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag forderte den Kreisausschuss sowie die Ausländerbehörde Darmstadt-Dieburg auf, alle vorhandenen rechtlichen Spielräume zu nutzen, um Abschiebungen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg in das Bürgerkriegsland Afghanistan zu verhindern. Gleichzeitig soll den Flüchtlingen Zugang zu Integrationsleistungen, insbesondere Sprachkursen, auch während des laufenden Asylverfahrens gewährt werden.

Begründung:

Der neue Afghanistan-Bericht des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen“ ist. Auch die jüngsten Terroranschläge in Kabul (21. November, mindestens 27 Tote) oder im von der Regierung zuvor als sicher eingestuften Masar-i-Sharif (10. November, mindestens 4 Tote, 128 Verletzte, deutsches Konsulat in Trümmern) zeigen ganz klar: Afghanistan ist nicht sicher. Allein im ersten Halbjahr 2016 waren 1.600 tote und mehr als 3.500 verletzte Zivilist*innen zu beklagen. Trotz dieser lebensgefährdenden Verhältnisse wurde am 14. Dezember 2016 die erste Sammelabschiebung aus der Bundesrepublik nach Afghanistan vollzogen, weitere sind geplant.

Wenn eine Regierung Menschenrechte verletzen will, indem sie Schutzsuchende in Kriegsgebiete zurückschickt, dann müssen Menschen auf anderen Ebenen Verantwortung übernehmen – ganz besonders auch vor Ort in den Kommunen.

- Wir fordern die Leitung und die Beschäftigten der Ausländerbehörde von Darmstadt-Dieburg auf: „Machen Sie keine Abschiebungen von Darmstadt-Dieburg nach Afghanistan möglich!“ Es sind die Beschäftigten der lokalen Ausländerbehörde, die den Prozess der Abschiebungen in Gang setzen. Sie entscheiden faktisch, welche Namen auf den Abschiebelisten stehen. Daher können Sie auch konkret dafür sorgen, dass kein Mensch aus unserem Landkreis ins Kriegsgebiet abgeschoben wird. Sie stehen jetzt vor der Entscheidung, entweder Grundsätze der Menschenrechte zu beachten – oder sich durch die Vorbereitung, Mitarbeit und Ermöglichung der Abschiebungen auch ganz persönlich schuldig zu machen.
- Wir fordern den Kreistag Darmstadt-Dieburg auf: Sprechen Sie sich in einem Beschluss gegen Abschiebungen aus unserer Region nach Afghanistan aus! Geben Sie den Beschäftigten der Ausländerbehörde, die sich nicht durch die Mitarbeit an den Abschiebungen schuldig machen wollen, damit politisch Rückendeckung. Machen Sie deutlich, dass Sie als politisch Verantwortliche von der Verwaltung erwarten, dass sie Grundsätze der Menschenwürde einhält und sich nicht an Abschiebungen in Kriegsgebiete beteiligt.
- Wir fordern Landrat Schellhaas als Chef der Darmstadt-Dieburger Kreisverwaltung auf: Übernehmen auch Sie Verantwortung! Machen Sie als „kommunaler Flüchtlingskoordinator“ deutlich, dass Sie sich gegen diese menschenfeindlichen Abschiebungen stellen und machen Sie klar: Afghanistan ist nicht sicher!
- Wir fordern die Mitglieder aller Parteien im Kreistag Darmstadt-Dieburg auf: Machen Sie deutlich, dass Sie von Ihren Fraktionen im Kreistag sowie von den lokalen Verantwortlichen in Ausländerbehörde erwarten, Abschiebungen aus unserer Region nach Afghanistan zu verhindern. Helfen Sie mit, dass Afghanen/innen der Zugang zu Integrationsleistungen, insbesondere den Sprachkursen auch während eines laufenden Asylverfahren gewährt werden. Erklären Sie unmissverständlich, dass Sie ein Wegducken derjenigen, die hier vor Ort Entscheidungen treffen, nicht akzeptieren. Setzen Sie sich darüber hinaus auf allen Ebenen, auch auf Landes- und Bundesebene, für einen Stopp der Abschiebungen ein. Machen Sie Druck, damit die erzwungenen Vereinbarungen mit der afghanischen Regierung zur Aufnahme von Geflüchteten rückgängig gemacht werden.